Eine faire Wirtschaftspolitik – Vorausetzung zur Überwindung der Krise im Euroraum

Judith Vorbach

Zur Lösung der Krise ist es notwendig, die EU-Wirtschaftspolitik aus dem Blickwinkel der ArbeitnehmerInnen zu betrachten. Dazu wird die Gliederung der EU in Mitgliedstaaten um die Kategorisierung nach gesellschaftlichen Gruppen (wie etwa ArbeitnehmerInnen, Unternehmen und Finanzsektor) erweitert. Schnell tritt dann Folgendes zu Tage: Weder in den „Exportländern" noch in den „Schuldnerländern" haben die allermeisten ArbeitnehmerInnen „über ihre Verhältnisse" gelebt. Vielmehr kam es zu einer weiteren Umverteilung von Einkommen und Vermögen nach oben. Das schränkt nicht nur viele Menschen in ihren persönlichen Möglichkeiten und Zukunftsperspektiven ein, sondern trägt auch zur Krise bei. Leider gehen viele der zur Krisenbekämpfung vorgeschlagenen Maßnahmen gegen die Interessen der ArbeitnehmerInnen (z.B. die Verlagerung der Lohnfindung möglichst auf Betriebsebene) und wirken somit krisenverschärfend.

Dass Europa keine Krise zu hoher Löhne, sondern eine Bankenkrise hat, zeigt allein ein Blick auf die öffentliche Verschuldung, die aufgrund der Finanzmarktkrise sprunghaft angestiegen ist. Auch die Gestaltung des Finanzsektors ist weiter problematisch. Es mangelt bis heute an einer umfassenden Regulierung und an Transparenz. Rating Agenturen und s.g. CDS haben großen Einfluss auf die Refinanzierungsmöglichkeiten von Staaten. Weder das „too big to fail"-Problem ist gelöst, noch ist die Frage über eine mögliche Beteiligung der Gläubiger an den „Rettungsschirmen" für Staaten beantwortet.

Um den Euroraum aus der Krise zu führen, braucht es drei Voraussetzungen: Erstens müssen die Finanzmärkte stärker in den Fokus der Wirtschaftspolitik rücken. Zweitens muss die Kategorisierung in Staaten um jene in gesellschaftliche Gruppen ergänzt werden. Drittens ist eine Loslösung von einseitigen wirtschaftspolitischen Paradigmen und von der übertriebenen Konzentration auf Wettbewerbsfähigkeit notwendig. Die entsprechenden Schritte ergeben sich dann gleichsam von selbst: zum Beispiel die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, eine sorgfältige Finanzmarktregulierung, eine faire Lohnpolitik und ein gemeinsames EU-weites Impulsprogramm zur Förderung von Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Bildung und Wissenschaft.